

ner öffnet das 2,4 Mrd. HKD teure Ponte 16 Kasinohotel seine Pforten, das Stanley Ho zusammen mit dem in Hongkong notierten Unternehmen Macau Success gebaut hat. (SCMP, 18., 23., 24.1.07; XNA, 18., 24.1.07; FT, 19.12.06, 24.1.07; IHT, 24.1.07; ST, 20.12.06, 24.1.07; WSJ, 17., 24.1.07; www.blogmacau.info, 23.1.07; www.dicj.gov.mo/)

## Taiwan

Hans-Wilm Schütte

### Eisenbahn: Neubaustrecke geht in Betrieb

Mit mehrjähriger Verzögerung konnte im Januar das größte Infrastrukturprojekt der taiwanischen Geschichte im Wesentlichen abgeschlossen werden: Am 5. Januar 2007 nahm die Hochgeschwindigkeitsbahn von Taipei nach Kaohsiung ihren Betrieb auf. Damit verkürzt sich die Bahnfahrt auf der 345 km langen Strecke von bislang vier Stunden auf 90 Minuten. Die Züge fahren auf einer Neubaustrecke vorwiegend auf einem Viadukt, streckenweise auch durch Tunnel, und erreichen eine Spitzengeschwindigkeit von 315 km/h.

Das Projekt, das an die 16 Mrd. US\$ verschlang, wurde von der Taiwan High Speed Rail Company (THSRC) privat finanziert (unterstützt von staatlichen Bürgschaften), und THSRC wird für die nächsten 35 Jahre auch den Betrieb übernehmen, um so die Baukosten wieder hereinzuholen. Danach fällt die Strecke gemäß der Build-Operate-Transfer-Konzeption an den Staat. Die Schnellstrecke gehört daher nicht der

taiwanischen Staatsbahn und steht zu dieser in Konkurrenz.

Die Anfänge des Projekts gehen auf das Jahr 1990 zurück. Ein Parlamentsbeschluss, der ihm den Weg ebnete, erfolgte 1994. Um den Auftrag bewarben sich das Europäische Konsortium Eurotrain um Siemens und Alstom sowie ein japanisches Konsortium. Zwar gewann Eurotrain 1998 den Zuschlag, der Hauptauftrag ging jedoch später an die Japaner. Dies führte zu erheblichen Anpassungsproblemen aufgrund unterschiedlicher technischer Systeme und war ein Grund für die Verzögerung bei der Inbetriebnahme, die zunächst für 2003 vorgesehen gewesen war. Zuletzt war der Termin Anfang September 2005 um ein Jahr auf Ende Oktober 2006 verschoben worden; nun dauerte es noch einmal über zwei Monate länger. Ganz fertig ist die Strecke allerdings immer noch nicht: Bisher verkehren die Züge im Norden nur bis zu Taipeis Vorort Banciao (Banqiao). Später sollen sie allerdings bis zum Hauptbahnhof in der Stadtmitte durchfahren. Im Süden ist Tsoying (Zuoying), ein Vorort von Kaohsiung, Endstation. Auch mehrere der Zwischenhaltestellen sind noch nicht fertig.

In den ersten Tagen wurden die Reisenden von Anlaufschwierigkeiten genervt – weniger bei den Zügen selbst als vielmehr beim Fahrkartenverkauf, der teils chaotisch verlief. Es kam zu Überbuchungen und Automaten streikten.

Die zwittrige Projektgeschichte hat zur Folge, dass die aus Japan gelieferten Züge nun von Europäern zum Laufen gebracht werden. Darunter sind 13 deutsche Lokführer. Ihnen obliegt auch die Ausbildung

taiwanischer Kollegen. In anderthalb Jahren will THSRC die Bahnstrecke dann ausschließlich mit einheimischen Kräften betreiben.

Erwartet wird, dass die Schnellstrecke soziale Veränderungen nach sich zieht. Die westtaiwanischen Metropolen rücken näher zusammen, auch Nord und Süd kommen einander näher, und mancher wird lieber zu einem Fernpendler werden, als wegen eines neuen Arbeitsplatzes umzuziehen. In Banciao verdoppelten sich in den letzten Jahren die Grundstückspreise.

Die Staatsbahn hat bereits im Vorwege auf die neue Konkurrenz reagiert: Sie erwarb aus Japan die ersten 24 von schließlich 48 Zügen mit Neigetechnik, um so auf ihrem Netz höhere Geschwindigkeiten zu erzielen. Seit dem 31.12.2006 finden Testfahrten mit den neuen Zügen statt. (SCMP, 1.12.06; TT, 1.1., 6.1.07; NZZ, 5.1.07; ST, 5.1.07)

### Taiwan-Identität wächst

Die halbstaatliche Straits Exchange Foundation, die im Auftrag der Regierung für den Dialog mit ihrem festlandschinesischen Konterpart ARATS zuständig ist, veröffentlichte am 13.12.2006 die Ergebnisse einer Meinungsumfrage, in der es um das Verhältnis Taiwans zu China und um die taiwanische Identität ging. Die Befragung fand Ende November statt; die Stichprobe umfasste 1.073 Personen.

Demnach empfinden sich inzwischen rund 58% der Befragten als reine Taiwaner; 17% gaben an, sie seien sowohl Taiwaner als auch Chinesen, 16% sehen sich als reine Chinesen an. Seit entsprechende Umfragen durchgeführt werden, haben sich diese Wer-

te konstant in Richtung auf mehr Taiwanbewusstsein verschoben. 1999 beispielsweise erklärten sich erst 45% zu reinen Taiwanern, während sich 40% als sowohl taiwanisch als auch chinesisch ausgaben.

Bei den politischen Vorstellungen zu Taiwans Zukunft sind die Mehrheiten nicht so klar. Hier befürworten nur 34% eine Unabhängigkeit Taiwans, während 23% einen Zusammenschluss mit China bevorzugen; 24% wünschen die Fortsetzung des Status quo. Im Falle jedoch, dass der Status quo nicht bleiben könne, würden sich 42% für ein unabhängiges Taiwan und nur 31% für den Anschluss an China entscheiden.

Wie die Zahlen andeuten, setzt sich die wachsende Taiwanidentität nur bedingt in entsprechende politische Überzeugungen um. Dies ist wohl der Hauptgrund, weswegen die unabhängigkeitsorientierten Parteien, namentlich die DPP, von der prononcierteren Taiwanidentität nur wenig profitieren können. Diesen Befund bestätigen insbesondere die Umfragen, die der Rat für Festlandsfragen, Taiwans Chinaministerium, seit vielen Jahren mit gleich bleibendem Wortlaut durchführt. Auch von dieser Seite wurden im Dezember 2006 die neuesten Umfrageergebnisse veröffentlicht. Diese lassen in jüngster Zeit keinerlei signifikante Änderungen hinsichtlich der Unabhängigkeitsfrage erkennen. Mit rund 39% stellen die Befürworter des Konzepts „Status quo jetzt, Entscheidung später“ nach wie vor die mit Abstand größte Gruppe. Nur über Zeiträume von mindestens fünf Jahren zeichnet sich ein leichter Stimmungswandel pro Taiwan und kontra China ab.

Aus dem unstrittig gewachsenen Tai-

wanbewusstsein zog einer der namhaftesten Befürworter einer unabhängigen Republik Taiwan, der frühere DPP-Abgeordnete Lin Cho-shui (Lin Zuoshui) im Dezember überraschende Schlüsse: Er erklärte, vor zehn Jahren habe man noch fürchten müssen, dass engere Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen mit China die Taiwanidentität untergrüben. Heute trefte dies nicht mehr zu und er sehe keinen Grund mehr, direkte Verkehrsverbindungen abzulehnen oder die Einschränkungen für taiwanische Investitionen auf dem Festland beizubehalten. (TT, 14.12.06; www.mac.gov.tw, 5.2.07)

### **Exberater und Schwiegersohn des Präsidenten wegen Korruption verurteilt**

Chen Che-nan (Chen Zhenan), bis Anfang Oktober 2005 Berater von Präsident Chen Shui-bian, wurde im Dezember zu zwölf Jahren Haft verurteilt; zudem darf er für zehn weitere Jahre weder ein öffentliches Amt bekleiden noch an Wahlen teilnehmen. Das Bezirksgericht Taipei befand ihn für schuldig, von einem Bauunternehmer namens Liang Po-hsun (Liang Boxun) Bestechungsgelder in Höhe von 7,11 Mio. TWD (ca. 178.000 EUR) angenommen zu haben. Im Jahr 2002 hatte Chen Che-nan von Liang zweimal Schmiergelder von zusammen 2,1 Mio. TWD angenommen. Später, als sich Liang seinerseits vor Gericht wegen Veruntreuung zu verantworten hatte, erhielt Chen von ihm noch einmal 6 Mio. TWD, die er als Schmiergeld für die Richter verwenden sollte. Nachdem Liang zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, gab Chen ihm 3 Mio. zurück, steckte

den nicht verwendeten Teil jedoch in die eigene Tasche. Liang floh damals nach China, um der Strafe zu entgehen, kam später jedoch zurück und zeigte Chen wegen des Vorfalles an.

Chen Che-nan war außerdem des Insiderhandels mit Aktien angeklagt, wurde in diesem Punkt jedoch freigesprochen. Noch ungeklärt ist, inwieweit Chen in den umfangreichen Korruptionsskandal verwickelt ist, der die Republik und insbesondere die Regierungspartei DPP im Herbst 2005 erschütterte. Hier kommen auf Chen möglicherweise weitere Klagen zu (vgl. C.a., 6/2005:Dok39).

Waren schon diese Vorgänge um seinen einstigen Berater, der zuvor bereits einmal Vizegeneralsekretär des Präsidenten gewesen war, für Präsident Chen Shui-bian äußerst peinlich, so folgte zwei Wochen ein zweiter Schlag, der ihn noch stärker getroffen haben muss: Sein Schwiegersohn Chao Chien-ming (Zhao Jianming) wurde vom Gericht des Insiderhandels mit Aktien für schuldig befunden und zu sechs Jahren Gefängnis sowie einer Geldstrafe von 30 Mio. TWD (750.000 EUR) verurteilt. In derselben Sache erhielt Chaos Vater fünfeinhalb Jahre Gefängnis sowie weitere drei Jahre für die Veruntreuung von 11 Mio. TWD; auch er muss 30 Mio. TWD an die Staatskasse zahlen. In der Urteilsbegründung wurde besonders darauf hingewiesen, dass Chao Chien-ming seine Stellung als Schwägerter des Präsidenten zum persönlichen Vorteil missbraucht habe. Chaos Anwalt kündigte an, in die Berufung gehen zu wollen.

Eine Sprecherin des Präsidenten erklärte, der Präsident respektiere das Urteil. Bei-

de Gerichtsurteile verblissen allerdings ein wenig gegenüber der Tatsache, dass sich im Oktober auch die Frau des Präsidenten vor Gericht zu verantworten hatte – in einer Sache, in die der Präsident selbst verwickelt ist. Siehe hierzu die folgende Dokumentation. (WSJ, 13.12.06; ST, 14.12., 28.12.06; TT, 14.12., 28.12.06; SCMP, 27.12.06)

### **Gerichtsverfahren gegen Gattin des Präsidenten eröffnet**

In der Affäre um die mögliche Veruntreuung von Staatsgeldern durch Wu Shu-chen (Wu Shuzhen), die Frau von Präsident Chen Shui-bian, wurde am 15.12.2006 das Gerichtsverfahren eröffnet (vgl. C.a., 5/2006:140f.; 6/2006:150-152). Es geht um den Verbleib bzw. die Verwendung von 14,8 Mio. TWD (ca. 370.000 EUR) aus einem Sonderfonds des Präsidenten, der für geheime diplomatische Aktionen gedacht ist. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass die First Lady das Geld für private Einkäufe verwendet hat, unter anderem für die Anschaffung eines Diamantrings. Dass für die Ausgaben falsche Belege eingereicht wurden, hat Präsident Chen bereits zugegeben, jedoch hinzugefügt, der wahre Ausgabenzweck sei diplomatischer Natur und könne nicht enthüllt werden. Die Staatsanwaltschaft zeigte sich davon nicht überzeugt und klagt Wu daher auch wegen Urkundenfälschung an. Ihr Mann genießt qua Amtes Immunität. Mit angeklagt sind jedoch drei seiner Mitarbeiter.

Die Affäre ist insbesondere der Regierungspartei DPP nicht geheuer, der sowohl der Präsident als auch Wu Shu-chen angehören. Um eventuelle Rückwirkungen auf die DPP und ihre Chancen bei den Wahlen

vom 9.12. (s. Fokusartikel in diesem Heft) zu minimieren, suspendierte die Partei Wu Mitgliedschaft Anfang Dezember für zunächst 18 Monate. Nach der Wahl, die für die DPP überraschend glimpflich endete, setzte sich die DPP jedoch für eine Aussetzung des Verfahrens ein und beantragte ein höchstrichterliches Gutachten zu der Frage, ob das Verfahren gegen Wu, das tatsächlich einen Geschäftsbereich des Präsidenten betreffe, nicht die verfassungsmäßige Ordnung verletze.

Bereits im Vorfeld des Gerichtstermins wurden Bedenken wegen des Gesundheitszustandes der 54-jährigen Hauptangeklagten laut. Wu ist seit über 20 Jahren von der Hüfte abwärts gelähmt und auf den Rollstuhl angewiesen. Ihr Allgemeinbefinden verschlechterte sich, nachdem gegen sie Anfang November Anklage erhoben worden war. Wu's Ärzte hielten sie allerdings für kräftig genug, der Verhandlung zu folgen.

Wu, die sich vor Gericht für „nicht schuldig“ erklärte, brach in einer Verhandlungspause ohnmächtig zusammen und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Erwartungsgemäß diente der Vorfall beiden Seiten im politischen Kampfgeschehen als willkommene neue Munition. Während die DPP das Verfahren als „unmenschlich“ hinstellte, tat die Opposition die Ohnmacht der First Lady als Showveranstaltung ab, inszeniert, um Mitleid zu erwecken. Zudem strebe sie wohl an, das Verfahren zu verzögern, bis die Amtszeit ihres Mannes um sei – der hatte erklärt, zurücktreten zu wollen, wenn seine Frau schuldig gesprochen werden würde.

Wu Shu-chen blieb im Krankenhaus bis zum 31.12. Sie erschien daher auch nicht

zu den zwei folgenden Gerichtsterminen am 22. und 29.12. Von der Teilnahme am vierten Termin im Januar wurde sie aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls dispensiert.

Präsident Chen versuchte im Januar ebenfalls, die Fortsetzung des Verfahrens zu verhindern, indem er im selben Sinne wie schon zuvor die DPP einen Antrag an den obersten Gerichtshof stellte und argumentierte, es drohe die Verletzung von Staatsgeheimnissen und damit „irreparabler Schaden“ für die Nation. Nach Ansicht der Rechtsanwältin der Präsidentenfamilie verstieß schon die Befragung des Präsidenten durch die Staatsanwaltschaft gegen die Verfassung. Die Ergebnisse dürften daher nicht vor Gericht verwertet werden.

Präsident Chen hatte sich den staatsanwaltlichen Fragen allerdings freiwillig gestellt. Sein Bestreben um eine Einstellung des Verfahrens steht zudem im Widerspruch zu seiner Beteuerung, er werde zurücktreten im Falle, dass seine Frau schuldig gesprochen würde – demnach müsste er Interesse an einer gerichtlichen Klärung der Tatsachen haben. Hier wie auch sonst schon lässt der Präsident eine klare Linie vermissen. Auch wenn seine verfassungsrechtlichen Bedenken in sich nachvollziehbar erscheinen, gibt sein Verhalten insgesamt Rätsel auf und stützt nicht gerade seine Glaubwürdigkeit. (ST, 1.12., 15.12., 16.12.06; TT, 12.12.06, 1.1.07; SCMP, 14.12., 16.12.06, 25.1., 26.1., 28.1.07; FT, 16.12.06)

## Taipeier Immobilienmarkt antizipiert bessere Chinabeziehungen

Die politischen Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China haben sich im letzten Jahr zwar nur leicht entspannt, doch eröffnet der vorsichtige Normalisierungskurs, den Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang) verfolgt, die Aussicht auf weitere Verbesserungen; zudem wirkt der Druck der wirtschaftlichen Fakten in dieselbe Richtung. Die Öffnung Taiwans für Touristen vom chinesischen Festland, zunächst bereits zum Jahresende erhofft und angestrebt, steht zwar noch aus, doch scheint dies nur mehr eine Frage der Zeit zu sein.

Jedenfalls stellt sich die Wirtschaft offenbar bereits darauf ein. Das *Wall Street Journal* führte hierfür Indizien vom Immobilienmarkt an. So seien die Immobilienpreise und die Flächenumsätze im Taipei seit dem zweiten Quartal 2006 stärker gestiegen als von Experten vorhergesagt. Die Macquarie Bank hob ihre Prognose für den Wohnraum-Preisanstieg in der Hauptstadt im Jahr 2006 von 7,5% auf 12% an. Im Hinblick auf 2007 werde ein weiterer Anstieg erwartet, wenn auch mit reduziertem Tempo. Als Grund wird im Immobilienhandel ausdrücklich die China-Fantasie genannt. Käme es tatsächlich zu direkten Verkehrsbeziehungen mit dem Festland, gebe es noch ein riesiges Wertsteigerungspotenzial für Taipei, da die Stadt sich dann zu einem Dienstleistungszentrum für China entwickeln könne. Zudem würde Taipei von einer Entspannung und Liberalisierung der Verhältnisse stärker profitieren

als andere Orte des Landes. Schon jetzt stockten ausländische Investoren ihre Anteile an taiwanischen Baufirmen auf. Unter den an der Taipeier Börse gelisteten Unternehmen habe die Baubranche 2006 unter allen Marktsegmenten den höchsten Zuwachs an ausländischen Anteilseignern zu verzeichnen gehabt: von zuvor 4,9% auf nunmehr 9,3% – fast eine Verdoppelung.

In der Tat stehen die Signale in Taiwan auch politisch auf Entspannung. Die Hardliner, denen schon die bisherigen Wirtschafts- und Investitionsbeziehungen zu China zu weit gehen, sind durch die letzte Wahl vom 9.12.2006 weiter ins Abseits geraten. Wenn die KMT, was wahrscheinlich ist, den nächsten Präsidenten stellt, wird sich das Entspannungstempo ohnehin beschleunigen. Aber auch ein Präsident, der der DPP angehört, wird ab 2008 um eine weitere Öffnung gegenüber der VR China nicht herumkommen, wenn er Taiwan nicht marginalisieren will. Die Investoren in Taipei schätzen die Lage offenbar ähnlich ein. (WSJ, 13.12.06)

### **Neuer TSU-Vorsitzender: Partei soll Mittlerin zwischen den Lagern werden**

Die Union für Taiwan-Solidarität (Taiwan Tuanjie Lianmeng, TSU), ein taiwannationalistischer Ableger der großen KMT, hatte bei den Bürgermeister- und Stadtratswahlen von Taipei und Kaohsiung im Dezember schlechter abgeschnitten, als erwartet (s. Fokusartikel in diesem Heft). Ihr Vorsitzender Su Chin-chiang (Su Jinqiang) trat daraufhin zurück. Zu seinem Nachfolger wählte die Partei im Januar Huang Kun-hui. Er war der einzige Kandidat.

Huang ist zweifellos eine politische Kapazität und verkörpert das TSU-Ambiente in typischer Weise. Er ist Generalsekretär der Denkfabrik Taiwan Advocates (Quince Hui), einer Vereinigung taiwanorientierter Vordenker, die 2001 von dem früheren Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) gegründet wurde. Unter dessen Ägide leitete Huang in den 1990ern das Präsidentenbüro. Lee selbst, Nestor der TSU, wenn auch nicht Mitglied in diesem Sammelbecken seiner Anhänger, soll sich jetzt für Huang als neuen Vorsitzenden stark gemacht haben.

Huang kündigte in seiner Antrittsrede am 27.1.2007 eine Neuausrichtung der Partei an. Er wolle das Grundsatzprogramm der TSU ändern, um die Partei stärker zur politischen Mitte hin zu orientieren. Wirtschaftspolitisch müssten die Belange der Mittelschicht und der Minderheiten Priorität erhalten. Die TSU wolle eine Mittlerrolle übernehmen zwischen den großen Parteien: der DPP, mit der die TSU im „grünen“, taiwannationalistischen Lager verbündet ist, und der stärker chinaorientierten KMT, von der die TSU eigentlich herkommt. „Wir wollen den Wählern klar machen, dass der Konflikt zwischen dem grünen und dem blauen Lager im Interesse von Taiwans Überleben und Fortentwicklung beendet werden muss“, erklärte er.

Bisher hatte die TSU eher Positionen vertreten, die sich von der der DPP durch ihre stärkere Radikalität unterschieden. Skeptiker führten das Wort, die eine stärkere Öffnung Taiwans gegenüber dem Festland mehr oder weniger grundsätzlich ablehnten.

Wie es scheint, hat Huang die Botschaft der letzten Wahlen – nicht erst die vom De-

zember 2006, sondern die aller Wahlen spätestens seit 2004 – verstanden: Die Wähler empfinden den Krieg im Parlament, der auch im Januar wieder mit Fäusten ausgetragen wurde, nur noch als widerwärtig und haben längst erkannt, dass der Hickhack zwischen den großen Parteien und die dadurch ausgelösten Blockaden im politischen Prozess der Nation großen Schaden zufügen. Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte wäre die TSU prädestiniert für eine Mittlerrolle, wie Huang sie skizzierte. Die Wähler würden einen solchen Einsatz gewiss honorieren, sofern es der TSU gelänge, ihren Positionswechsel überzeugend zu vollziehen und der Wählerschaft zu vermitteln. Zuvor müssten aber die TSU-Mitglieder von dessen Notwendigkeit überzeugt werden – keine leichte Aufgabe für den neuen Vorsitzenden, wenn auch eine lohnende Herausforderung, die, wenn er sie schultern kann, ganz Taiwan zugute käme.

Um den angestrebten Kurswechsel innerparteilich durchzusetzen, kann Huang immerhin mit einem schlagkräftigen Argument aufwarten: Schon bei den nächsten Parlamentswahlen, wenn pro Wahlkreis nur noch ein Abgeordneter gewählt wird, wären die Chancen der TSU, auch nur einen der Ihren in den Legislativ-Yuan zu entsenden, praktisch gleich null, sofern sie auf ihrer bisherigen Randposition verharrte. (TT, 25.12.06, 20.1., 27.1.07; SCMP, 28.1.07)

### **KMT und PFP schließen Bündnis – was steckt dahinter?**

Im Dezember 2006 und Januar 2007 kam es zu einer unerwarteten Annäherung zwi-

schen der großen Nationalen Volkspartei Kuomintang (KMT) und ihrem kleinen Ableger People First Party (PFP). Sie mündete in eine Bündnisvereinbarung der ungleichen Partner. Nicht nur KMT-Mitglieder wundern sich und bezweifeln die Weisheit der Entscheidung.

Am Beginn der Annäherung stand ein geheim gehaltenes, später als privat deklariertes Treffen zwischen den Parteivorsitzenden Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu, KMT) und James Soong (Song Chuyu, PFP). Es fand am 1. Dezember statt. Diese Begegnung wäre wohl nicht so bald bekannt geworden, hätten nicht aufmerksame Beobachter dem DPP-Kandidaten für die Bürgermeisterwahl von Taipei, Frank Hsieh (Xie Changting), davon berichtet. Dieser berief eigens deswegen am 3.12. eine Pressekonferenz ein. Hsieh spekulierte, das Treffen habe dem Zweck gedient, seine Wahl zu verhindern. James Soong war einer von Hsiehs Mitbewerbern bei der Bürgermeisterwahl (vgl. den Fokusartikel in diesem Heft).

Unklar ist, von wem die Initiative zu dem Treffen ausging und wer sich was davon versprach. Bestrebungen zu einem Bündnis oder gar einer „Heimführung“ der PFP unter die Fittiche der KMT gab es seitens der PFP seit langem. Zu dauerhafter Kooperation kam es jedoch nicht. Auch die gemeinsame Kandidatur der Parteivorsitzenden bei der Präsidentschaftswahl 2004 mit dem damaligen KMT-Chef Lien Chan (Lian Zhan) als Hauptbewerber und Soong als Vize blieb letztlich eine Episode. Soongs Kandidatur bei der Bürgermeisterwahl sorgte bei der KMT im Gegenteil für Verärgerung, bestand doch die

Gefahr, dass dem KMT-Kandidaten Hau Lung-bin (Hao Longbin) dadurch die entscheidenden Stimmen für seinen Wahlsieg fehlen würden und Frank Hsieh den Sieg davontrüge. Auch die Tatsache, dass Ma und Soong einander nicht gerade gewogen sind – Soong hatte sich vor Mas Wahl zum KMT-Vorsitzenden im Juli 2005 öffentlich für dessen Konkurrenten stark gemacht –, muss vermuten lassen, dass es stärkere Gründe für dieses Treffen und die nachfolgenden Entwicklungen gab.

Die *Taipei Times* stellte es in ihrer Berichterstattung als Tatsache hin, dass Soong Ma am 1.12. einen Verzicht auf die Kandidatur anbot, sofern dieser bei der Nominierung der Bewerber für die nächste Parlamentswahl PFP-Mitglieder berücksichtige. Ma habe erklärt, eine solche Zusage könne er aus eigener Machtvollkommenheit nicht geben. Gegen diese These spricht, dass die Umfragen Soong damals bereits weit abgeschlagen sahen. Es muss also noch um mehr gegangen sein als nur um die bevorstehende Wahl.

Für diese Vermutung spricht vor allem, dass Ma auch nach der Wahl die neue Bündnislinie weiterhin zielstrebig verfolgte. Immerhin war das Wahlergebnis für Soong ein Desaster; es hätte der KMT nahe legen können, die PFP und ihren Vorsitzenden nur noch als *Quantité négligeable* zu betrachten. Gleichwohl diskutierte das Führungsgremium der KMT bereits wenige Tage nach der Wahl ein enges Bündnis mit der PFP, und zwar, wie es hieß, gemäß der Übereinkunft, die zwischen Ma und Soong am Monatsanfang erzielt worden war. Zu dem Bündnis sollte die Berufung eines gemeinsamen Komitees gehören, das für bei-

de Parteien und ihre Parlamentsfraktionen über politische Leitlinien zu diskutieren und bei kontroversen Fragen einen Konsens im Sinne einheitlicher Voten herbeizuführen hätte. Darüber hinaus sollten die Parteien gemeinsame Kandidaten für die nächsten Wahlen zum Legislativ-Yuan nominieren und bei der Kandidatenkür für die nächste Präsidentschaftswahl zusammenarbeiten.

Gerade hinsichtlich der Frage, wer für den nächsten Legislativ-Yuan kandidiert, stieß Ma jedoch auf innerparteilichen Widerstand. Wegen der Verkleinerung des Parlaments auf die Hälfte der Sitze und geänderter Wahlregeln werden die Kandidaturen ohnehin hart umkämpft sein. Da möchte kein KMT-Parlamentarier noch Plätze für PFP-Mitglieder einräumen, und zwar umso weniger, als diese, wie sich zeigte, kaum Wahlchancen besitzen. Viel wichtiger sei es, wie die Kritiker betonten, die Wählerschaft in Südtaiwan für die KMT zu erwärmen.

Trotz anhaltenden Widerstandes namentlich aus der Fraktion gelang es Ma jedoch, im Führungszirkel der KMT eine Mehrheit für seine Bündnislinie zusammenzubringen. Am 22.1.2007 unterzeichneten beide Parteivorsitzenden eine Bündnisvereinbarung.

Bedenkt man, dass die Wähler der PFP in Scharen den Rücken kehren und seit Beginn der Legislaturperiode (Febr. 2005) bis Jahresende 2006 zwölf von ihren einst 34 Parlamentsabgeordneten zur KMT übertraten, bedenkt man ferner, wie geschwächt James Soong nach der jüngsten Wahl da steht und dass sich Ma Ying-jeou, der schon die KMT-Fraktion nicht unter Kontrolle

hat, nun noch immense Abstimmungsaufgaben mit der PFP und ihrem eitlen Vorsitzenden aufhalst sowie daraus unweigerlich resultierenden erheblichen Streit mit unzufriedenen KMT-Genossen, erscheint Mas Engagement für dieses Bündnis nur noch mysteriöser.

Der einzige denkbare Grund für das Arrangement mit dem Rivalen ist, dass Ma von James Soong im Gegenzug zwei Zusagen erhielt. Erstens: Soong verzichtet auf eine erneute Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2008 – denn selbst wenige Stimmenprozente für ihn könnten Ma als KMT-Kandidaten den Sieg kosten. Zweitens: Wenn es um die Nominierung der KMT-Kandidaten geht, wird Soong Ma unterstützen.

Der letztere Punkt ist natürlich nichts, was Ma nach außen vertreten könnte, der erstere freilich das einzig tragende Argument, das die Parteiführung von der Notwendigkeit eines Zusammengehens mit der dahinsiechenden PFP überzeugt haben dürfte. Außerdem wird Ma den Zweiflern klar gemacht haben, dass die Aufwertung der PFP durch das Bündnis ihr kein zweites Leben schenken wird und ihre Tage als nennenswerte politische Kraft so oder so gezählt sind.

Gleichwohl ist das Bündnis für Ma nicht ohne Risiko. Wie will er es gegenüber der Parteibasis vertreten? Kann er Soongs Verzicht auf eine Kandidatur öffentlich machen, um die Kritiker zu überzeugen? Wie bekommt er die Missstimmung unter den Abgeordneten seiner Fraktion in den Griff? Und schließlich: Wie sicher kann er sein, dass Soong sich an die Absprachen hält? Soong ging es meist nur

um die eigene Macht, so im Jahr 2000, als er bei der Präsidentschaftswahl gegen den KMT-Kandidaten antrat und dadurch den Sieg Chen Shui-bians ermöglichte, so auch zuletzt bei der jüngsten Bürgermeisterwahl in Taipei. Hat ihn sein spektakuläres Scheitern nun zur Raison gebracht? Ma muss davon überzeugt sein. (TT, 4.12., 6.12., 14.12., 20.12.06, 1.1., 4.1., 21.1.07; SCMP, 5.12.06, 23.1.07)

### **Rebar-Skandal offenbart Reformstau im Finanzsystem**

Am 29. Dezember 2006 beantragten zwei Tochterfirmen der taiwanischen China-Rebar-Gruppe (Zhongguo Liba) eine Restrukturierung wegen drohender Insolvenz. Nachdem dies am 4. Januar bekannt wurde, stürmten Anleger tags darauf die 35 Geschäftsstellen der zur Rebar-Gruppe zählenden Chinese Bank (Zhonghua Yinhang), um ihre Guthaben in Sicherheit zu bringen. 15 Mrd. TWD zahlte die Bank an jenem Tag aus, dann meldete sie der Bankenaufsicht ihre (einstweilige) Zahlungsunfähigkeit. Sogleich übernahm die staatliche Zentrale Einlagenversicherungsgesellschaft die Geschäfte. Die Bankenaufsicht sicherte allen Anlegern zu, sämtliche Einlagen würden ausgezahlt, und stellte dazu 20 Mrd. TWD bereit.

Unabhängig davon übernahm die staatliche Finanzverwaltung am selben Tag noch die vollständige Kontrolle über ein zweites Kreditinstitut: die Enterprise Bank of Hualien (Hualian Qiyin). Während diese praktisch bankrott war, lag bei der Chinese Bank, technisch gesehen, noch keine Insolvenz vor. Beide Banken zählten zu den kleineren im Lande. Die Chinese Bank

verwaltete rund ein Prozent der landesweiten Einlagen. Am 7.1. entzog die Bankenaufsicht einer weiteren Finanztochter der Rebar-Gruppe, der Great Chinese Bills Finance Corporation (Lihua Piaoquan), die Geschäftsbefugnis.

Am selben Tag erhielten die Vorgänge eine kriminalistische Wendung dadurch, dass die Staatsanwaltschaft den Eigentümern der Rebar-Gruppe – deren Vorsitzenden Wang You-theng (Wang Youzeng) und seinen Familienangehörigen, insgesamt 19 Personen – untersagte, das Land zu verlassen. Die Maßnahme kam jedoch um mehrere Tage zu spät: Der 80-jährige Wang, Gründer der Rebar-Gruppe, war mit seiner Frau bereits am 30. Dezember ausgereist. Bei den strafrechtlichen Fragen geht es unter anderem um mögliche Veruntreuung. Wang soll bei seiner Flucht 800 Mio. TWD (ca. 20 Mio. EUR) aus der Bank abgezogen und mitgenommen haben. Als Aufenthaltsort wurde China angegeben; Zeugen sahen ihn in Shanghai. Anfang Februar suchte er in den USA Zuflucht, wurde dort bei der Einreise jedoch mangels Visum von der Einwanderungsbehörde festgehalten. Die Zahl der leitenden Rebar-Angestellten und Angehörigen der Eigentümer, die wegen des Skandals ein Ausreiseverbot erhielten, erhöhte sich bis zum 11. Januar auf 47. Ermittelt wurde wegen Vertrauensbruchs, Fälschung, Betrugs, Insiderhandels, Veruntreuung von Firmengeldern sowie wegen Verstößen gegen das Bankgesetz und Buchhaltungsvorschriften. Ein Sohn und ein Bruder von Wang You-theng wurden wegen Verdunkelungsgefahr inhaftiert. Am 12.1. erließ die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen Wang You-theng und seine Frau; später

wurden beide zur Fahndung ausgeschrieben.

Sowohl von der Opposition wie aus den Reihen der Regierungspartei DPP wurde Kritik am Verhalten der Bankenaufsicht und der Regierung laut. Dass die Bank, die mehrere Jahre nacheinander erhebliche Verluste ausgewiesen hatte, in Schwierigkeiten steckte, sei bekannt gewesen. Die Aufsichtsbehörde hätte früher reagieren und verhindern müssen, dass Wang das Unternehmen noch rasch plündert, ehe es zusammenbricht, und sich mit dem Geld auch noch aus dem Staub macht. Tatsächlich hatte die Bankenaufsicht die Chinese Bank bereits seit fünf Jahren unter besondere Beobachtung gestellt.

Die Verhältnisse in der Rebar-Gruppe, die mehr als 5.000 Mitarbeiter beschäftigt, scheinen allerdings insgesamt wenig durchsichtig gewesen zu sein. Ihr gehörten über 130 Firmen an – in den Bereichen Immobilien, Telekommunikation, Einzelhandel, Textilien, Medien und Finanzdienste.

Gleichwohl geriet die Aufsichtsbehörde wie auch die Regierung immer stärker unter Beschuss. Selbst aus der DPP verlangten einzelne Stimmen gar den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Am 12. Januar trat der Leiter der Aufsichtsbehörde zurück.

Dass das Krisenmanagement sich durch „völliges Versagen“ auszeichnete, wie Kritiker meinten, kann mit einem nüchternen Blick auf die Tatsachen kaum bestätigt werden. Die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Rebar-Unternehmen, die die Krise auslösten, waren nicht im Finanzsektor tätig und unterstanden damit als solche auch nicht der Bankenaufsicht. Dass zumindest ein Teil der Rebar-Gruppe seit Jahren Ver-

luste machte, war jedoch bekannt. Zudem hätten die Kontrolleure mit dem Ansturm der Anleger, der die Chinese Bank letztlich zu Fall brachte, rechnen müssen. Andererseits führte die Schließung der insgesamt drei Geldinstitute weder zu einem Dominoeffekt, noch wurden Anleger geschädigt. Insofern hat sich das Kontroll- und Regelungssystem durchaus bewährt.

Die Rebar-Affäre wirft jedoch ein Licht auf politische Versäumnisse der letzten Jahre. Die im Jahr 2000 in einer Ära steigender ungesicherter Kredite auf den Weg gebrachte Restrukturierung des Bankensektors erzielte in den letzten Jahren kaum Fortschritte. Zwar ist die Quote Not leidender Kredite wieder auf ungefährlich niedrige Werte gesunken – ein Grund, weswegen das Finanzsystem die praktische Schließung dreier Institute jetzt so gut wegstecken konnte –, doch die Anzahl der Geldinstitute ist noch immer zu hoch, das heißt: Es gibt zu viele kleine, ineffizient arbeitende Banken. Ihre Zahl lag Ende 2006 bei 43 (gegenüber 50 fünf Jahre zuvor, ohne Zentralbank, Postsparkasse und Zweigstellen ausländischer Banken); sie unterhielten über 3.100 Filialen. Hinzu kamen 306 Darlehensvereine mit über 1.100 Filialen.

Es wäre demnach Aufgabe der Regierung, den Zusammenschluss von Geldinstituten stärker zu forcieren und vor allem den kleineren unter ihnen noch intensiver auf die Finger zu schauen sowie sie eventuell zwangsweise zu schließen.

Als Skandal wurde in der Öffentlichkeit jedoch vor allem empfunden, dass Rebar-Chef Wang außer Landes fliehen konnte. Hierauf bezog sich Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang), als er

eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Justiz konstatierte. Dass sich Leute wie Wang You-theng ins Ausland absetzen, ehe die Staatsanwaltschaft zugreifen kann, wird freilich schwerlich zu verhindern sein, da die Fakten nicht selten offen zutage liegen. Beliebteste Zuflucht für Taiwans Wirtschaftskriminelle ist übriges China.

Wang You-theng, vom Festland gebürtig, gehörte über zehn Jahre lang zum Führungsgremium der KMT, war aber auch mit höchsten DPP-Politikern bis hinauf zum Präsidenten persönlich bekannt. Die KMT beeilte sich, sich von ihrem Mitglied zu distanzieren. Bereits am 11.1. kündigte der KMT-Vorsitzende Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) Wangs Ausschluss aus der Partei an. (WSJ, 6.1., 14.1.07; TT, 6.1., 8.1., 10.1., 11.1., 13.1., 15.1., 4.2.07; SCMP, 7.1., 8.1., 12.1., 16.1.07; ST, 8.1., 13.1.07; CNAT, nach BBC PF 11.1.07; FT, 18.1.07; <http://www.cbc.gov.tw/economic/EBOOK/XLS/P009.pdf>, Aufruf am 4.2.07; Taiwan News, nach BBC PF, 18.1.07; FT, 8.1.07)

## Corrigenda

### Heft 6/2006

#### Dokumentation Macau

Alle Macau-Berichte in Heft 6/2006 sind in einer Rohfassung erschienen. Ferner wird der Bericht über den Vietnam-Besuch Edmund Hos in dieser Ausgabe vollständig abgedruckt.

## Dokumentation Taiwan

Wir bedauern, dass es in Heft 6/2006 zur Veröffentlichung von unkorrigierten Fehlern gekommen ist, und entschuldigen uns dafür.

S. 155, rechte Spalte, 5. Zeile: Für „(Kao Chih-ming)“ schreibe „(Gao Zhi-ming)“. S. 156, rechte Spalte, 1. Zeile: Für „8.000.000“ schreibe „800.000“.